
Dokumentation

Franz Steinkühler:

„Ist das Revier noch zu retten?“*

Wir müssen [...] erkennen, daß es sich bei Stahl nicht um einen veralteten, generell im Niedergang befindlichen Industriezweig handelt, sondern um eine hochmoderne Branche von langfristig gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, die allerdings mit erheblichen Strukturproblemen konfrontiert ist. Hier muß Strukturanpassung [...] einhergehen mit Umstrukturierung in zukunftsträchtige Bereiche, das heißt Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Umstrukturierung muß Beschäftigungssicherung bis zur Schaffung neuer Produktion und Beschäftigung einschließen.

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Reviers scheint mit die Tatsache, daß hier von der Produktion, von der Technologie her einerseits ausbaufähige Potentiale für neue Beschäftigung und Produktionsfelder vorhanden sind. Andererseits steht diesen Potentialen ein erheblicher gesellschaftlicher Bedarf gegenüber - gerade in einer traditionellen Industrieregion wie dem Ruhrgebiet. Ich nenne hier nur die Stichworte Altlastensanierung, Abwasserbereich und Wasserwirtschaft, Luftreinhaltung, Infrastruktur und Stadterneuerung.

Vorhandene Potentiale und gesellschaftlicher Bedarf müssen gezielt zusammengeführt werden und für eine Beschäftigungsperspektive genutzt werden. Hier besteht *eine große* Chance für eine traditionelle Industrieregion das Modell einer sozialen, zukunftsorientierten Umstrukturierung zu demonstrieren. Hierauf sind alle Anstrengungen zu konzentrieren. Daraus ergeben sich Handlungsanforderungen an Staat und Unternehmen.

Statt unsozialer Steuerreformen muß die Bundesregierung ein nationales Zukunftsinvestitionsprogramm von 20 Milliarden jährlich auflegen. Für besonders betroffene Regionen wie die Montanregion sind dabei Sonderprogramme erforderlich.

Bund und Land müssen mit den Kommunen gemeinsam handeln. Das, was die Bundesregierung bisher für die Montanregionen angeboten hat, ist nicht viel mehr als ein Alibibeitrag. Der Vorschlag von Ministerpräsident Rau über ein 2 Milliarden-DM-Zukunftsprogramm für Montanregionen gemeinsam von Bund und Land ist dagegen ein richtiger Ansatz. Die Zukunftsinitiative Montanregionen des Landes ist ein erster Schritt hierbei. Sie muß gezielt genutzt werden.

Alle staatlichen Initiativen auf der Bundes-, Länder- und kommunalen Ebene bleiben allerdings bruchstückhaft, wenn sie nicht von einer gleichzeitigen *Neuorientierung der Unternehmenspolitik* begleitet werden. Die zentrale Aufgabe der Unternehmen in schrumpfenden Branchen ist die Diversifizierung und Bereitstellung von Ersatzarbeitsplätzen vor Ort. Dies ist leicht gesagt und schwer getan. Gleichwohl ist diese Forderung aus gewerkschaftlicher Sicht ein Qualitätsmaßstab für Leistungsfähigkeit, Kreativität und sozialer Verantwortung des unternehmerischen Handelns.

* Auszug aus einem Statement des IG Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler anlässlich des Wirtschaftsforums der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ), gehalten am 10. September 1987 in Essen.

Zu einem positiven Unternehmerbild gehören nicht rücksichtsloser Kapazitätsabbau und Standortvernichtung. Zum positiven Unternehmerbild gehören Initiative, Energie und Kreativität, um neben der Sanierung alter Produktion neue Produktlinien aufzubauen.

Die Grenzen bisheriger Sozialplanpolitik sind offenkundig geworden. Soziale Abfederung für die einzelnen Betroffenen muß ergänzt werden durch den Neuaufbau von Ersatzarbeitsplätzen an den betroffenen Standorten. Dies ist einer der Kernpunkte der Vereinbarung von Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl und IG Metall vom 10. Juni 1987. Ich zitiere: „Für die im Rahmen der Strukturanpassungsmaßnahmen wegfallenden Arbeitsplätze in der Stahlindustrie ist es nach gemeinsamer Auffassung notwendig, primär Ersatzarbeitsplätze, insbesondere in den betroffenen Regionen zu schaffen.“

Wir erwarten, daß diese Zusicherung, daß ähnliche Aussagen von Vorstandsmitgliedern von Konzernen, wie Herrn Spethmann, nicht nur zur Beruhigung gedacht sind, sondern daß dahinter ernste Absichten und harte Arbeit stehen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich ihre Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung an den Sozialplankosten zu erklären. Spätestens nach dem 23. September muß hier Farbe bekannt werden.

Die Unternehmer sind aufgefordert, endlich ihre Bereitschaft zur Gründung der Beschäftigungsgesellschaften und zum Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen unter Beweis zu stellen.

- Notwendig ist die Bereitschaft, die beiden Ziele „Stabile Beschäftigung“ und „regionale Verantwortung“ in der Unternehmensplanung zu verankern.
- Notwendig ist die prinzipielle Bereitschaft und das praktische Engagement, Forschung, Entwicklung und Produktionsplanung auf den Feldern eines qualitativen Wachstums zu verstärken.

Ziel muß ein „interner Strukturwandel“, der Neuaufbau von Ersatzarbeitsplätzen im Betrieb oder am Ort sein.

Auch die IG Metall weiß: Ersatzarbeitsplätze kann man nicht aus dem Hut zaubern. Ersatzarbeitsplätze muß man langfristig planen und vorbereiten. Hier gibt es Versäumnisse der Unternehmenspolitik in der Vergangenheit. Hierüber könnte man lange klagen und debattieren. Politiker müssen jetzt zeigen, daß sie mehr können als die Marktwirtschaft beschwören und die Arbeitslosigkeit verwalten. Unternehmer müssen beweisen, daß sie nicht nur zu Kahlschlag und Abbruch, sondern auch zu Aufbau und Zukunftsplanung in der Lage sind.